

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Henning Scherf, Bremer Senator für Soziales, Jugend und Sport, rechnet der Regierung vor, daß sie die Finanzkraft der Länder und Gemeinden zerstört. Seite 1

Vera Rüdiger, Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten, stellt die Initiativen ihres Landes im Bundesrat vor (Teil II und Schluß). Seite 3

Manfred Reimann MdB erläutert die Tagträume des Selbständigen-Präsidenten Elmar Kolb. Seite 5

38. Jahrgang / 144

1. August 1983

Die Regierung zerreißt das Geflecht Bund-Länder-Gemeinden

Wohin die Reise unter der Verantwortung von Kanzler Kohl

Von Henning Scherf
Bremer Senator für Soziales, Jugend und Sport

Die rigorose Sparpolitik der neuen Bundesregierung im Bereich der sozialen Sicherung bedeutet nicht nur für die unmittelbar Betroffenen eine reale Verschlechterung ihrer Lebenssituation, sondern wälzt darüber hinaus zusätzliche Finanzierungslasten auf den Rücken von Ländern und Gemeinden. Die Verlagerung immer größerer Soziallasten in das unterste Netz sozialer Sicherung, die Sozialhilfe, bringt Länder und Gemeinden an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit. Erst werden durch die Bundesregierung etwa Rentnern und Arbeitslosen die Leistungen gekürzt, und dann sollen wir mit dem untauglichen Instrument der Sozialhilfe die Opfer einer solchen Politik versorgen.

Da gleichzeitig aber die Wirtschaft mit weiteren Entlastungen verwöhnt wird, ist die Zielrichtung der Spar- und Streichpolitik deutlich auszumachen - die Krisenlasten werden einseitig den Arbeitnehmern und Rentnern, den Arbeitslosen und anderen Benachteiligten aufgebürdet.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang die im Entwurf zum Haushaltsbegleitgesetz 1984 genannten Zahlen:

Entlastung in Milliarden DM	1984	1984/87
Bund	4.404	19.367
Länder	0.368	1.971
Gemeinden	0.047	0.279

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Das amtliche Logo
des Sozialdemokratischen
Pressevereins Bonn



Unterstellt man, daß die Einsparungen auf Bundesebene nur zu 20 Prozent als Mehrausgaben in der Sozialhilfe durchschlagen, zeigt sich schon die Mehrbelastung von Ländern und Gemeinden. Endergebnis - der Bund hat seine Verantwortung für den Bestand des sozialen Sicherungssystems weiter abgebaut, Länder und Gemeinden aber halten bei steigendem Finanzierungsdruck den "Schwarzen Peter" in Händen. Als Konsequenz droht uns die Demontage des Sozialsystems; entsprechende Versuchsballons wurden dieser Tage gezielt von CDU-Politikern steigen gelassen - der Arbeitnehmer soll die Freiheit erhalten, mit seinen Lebensrisiken alleine fertig werden zu müssen. Diese sogenannten "Denkanstöße" belegen in dankenswerter Offenheit, wohin nach der Wende jetzt die Reise gehen soll.

Insgesamt stehen den von Bonn im Sozialbereich eingesparten rund fünf Milliarden Steuerentlastungen für die Wirtschaft von rund 3,5 Milliarden DM gegenüber. Nach meiner Meinung muß hingegen eine tragfähige Sozialpolitik der Bundesregierung mindestens folgende Maximen berücksichtigen:

1. Die Finanzierungslasten müssen fair zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden. Allein Kürzungen im Arbeitslosenbereich (über zwei Milliarden DM) und in der Rentenversorgung bringen immer mehr Menschen in Abhängigkeit von Sozialhilfeleistungen.
2. Durch eine aktive Beschäftigungspolitik muß dem Abgleiten von immer mehr Menschen in die Sozialhilfe begegnet werden. Dazu gehört die Arbeitszeitverkürzung ebenso wie die Sicherung der Kaufkraft breiter Schichten der Bevölkerung.
3. Ausstattung und Reglement der Sozialhilfe dürfen ihre Empfänger nicht diskriminieren und müssen sich am Prinzip der Bedarfsdeckung orientieren. Die etwa zur Reform hochstilisierte Ausdehnung der Unterhaltspflicht auf Enkel und Großeltern bringt außer verschärftem Disziplinierungsdruck nichts - wie selbst das zuständige Familienministerium einräumt. Mehreinnahmen von fünf Millionen DM stünde ein Verwaltungsaufwand von fünf bis sechs Millionen DM gegenüber. Ergebnis: Der Großvater muß von seiner Rente die Jugendarbeitslosigkeit seines Enkels mitbezahlen. (-/1.8.1983/bgy/va)

+ + +



Unsere Bilanz im Bundesrat (II)

Von Hessen sind wichtige politische Impulse ausgegangen

Von Vera Rüdiger

Hessischer Minister für Bundesangelegenheiten

Autoabgase belasten unsere Umwelt. 1,4 Millionen Tonnen Stickoxide, sechs Millionen Tonnen Kohlenmonoxide, 650.000 Tonnen Kohlenwasserstoffe und 3.500 Tonnen Bleiverbindungen gehen in der Bundesrepublik auf das Konto des Straßenverkehrs. Nicht nur unsere Wälder, auch unsere Gesundheit wird dadurch gefährdet.

Durch motortechnische Änderungen läßt sich daran nicht viel ändern. Erhebliche Verbesserungen können allein durch Katalysatoren und Benutzung bleifreien Benzins erzielt werden. Technisch bereitet dies keine Probleme. Deutsche Hersteller rüsten Exportfahrzeuge schon seit längerer Zeit mit Abgasentgiftungsanlagen aus.

Einer Verschärfung des deutschen Benzinbleigesetzes steht allerdings geltendes Europäisches Richtlinienrecht entgegen. Zwingen kann der Staat die Mineralölfirmen zur Herstellung bleifreien Benzins nicht. Allerdings: Freiwillig herstellen dürfen sie es.

Hessischer Vorschlag: Der Freiwilligkeit soll durch Steuererleichterungen nachgeholfen werden; fünf Pfennig pro Liter sieht der hessische Gesetzentwurf zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes zugunsten von bleifreiem Benzin vor.

Der hessische Vorschlag fand am 10. Juni 1983 eine Mehrheit im Bundesrat. Zur großen Überraschung der Bundesregierung. Sie hatte sich gegen das Gesetz gestellt. Womit sie nicht rechnete: Zwei unionsreglierte Bundesländer traten auf Seite der Hessen.

Gleichbehandlung verwirklichen

Die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz ist bislang nur unzureichend verwirklicht worden. Geschlechtsbedingte Diskriminierungen der Frauen sind nach wie vor an der Tagesordnung: bei den Einstellungen, beim Lohn, bei den Arbeitsbedingungen und bei den Aufstiegschancen. Damit die Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben stärker zur alltäglichen Praxis wird, hat Hessen im Bundesrat drei wesentliche Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) verlangt: In Zukunft soll nicht mehr der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber beweisen, daß eine unterschiedliche Behandlung von Männern und Frauen bei der Einstellung und beim beruflichen Fortkommen auf sachlichen Gründen beruht. Damit würde die bisherige große Beweisnot für zurückgesetzte Bewerberinnen beseitigt. Auch die bisherige Schadensregelung bei nachgewiesener Diskriminierung hat nicht gegriffen, weil die Klägerinnen nur einen Ersatz ihrer Unkosten (Inserats-, Porto- und Fahrtkosten) einklagen können. Eine solche Regelung hat keine Sanktionswirkung. Daher soll ein Abfindungsanspruch bei nachgewiesener Ungleichbehandlung sowohl bei der Einstellung als auch beim beruflichen Aufstieg festgelegt werden. Je nach den Umständen des Einzelfalles soll dieser Abfindungsanspruch zwischen einem und zwölf Monatsverdiensten betragen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist es auch notwendig, das Gebot geschlechtsneutraler Stellenausschreibung von einer Soll-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umzuwandeln. Stellenausschreibungen müssen zukünftig Männer und Frauen gleichermaßen ansprechen. Ein Blick in die Stellenanzeigen der Tages-



zeitungen beweist, daß die bisher geltende Soll-Vorschrift nicht zu dem erwarteten Abbau der geschlechtsspezifischen Ausschreibungen geführt hat.

Die unionsregierten Länder haben im Bundesrat die hessische Initiative abgelehnt. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage verstärkt die Tendenz, Frauen aus dem Erwerbsleben zu drängen. Den betroffenen Frauen wird die ablehnende Haltung der unionsregierten Länder und die Untätigkeit der Bundesregierung weiter schaden.

Gegen neue Bildungsprivilegien

Mit der sehr weitgehenden Streichung der Bundesmittel für die Ausbildungsförderung von Schülern und der Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen im Haushaltsbegleitgesetz 1983 hat die Rechtskoalition einen bildungspolitischen Kahlschlag eingeleitet. Für Hessen bedeutet das: statt 50.250 Schülern (hierunter 19.000 an allgemeinbildenden Schulen) im Jahre 1982 können nach dem in diesem Jahr bevorstehenden Ende der Härteregelelung nur noch etwa 9.000 Schüler gefördert werden.

Diese Politik der Bundesregierung führt zu harten Opfern bei vielen Mehr-Kinder-Familien. Die Chancengleichheit in der Bildung geht verloren. Mädchen werden vom BAFöG-Kahlschlag besonders hart betroffen: Wenn es in den Familien darum geht, zu entscheiden, ob dem Sohn oder der Tochter eine qualifizierte Schulbildung ermöglicht werden soll, werden Mädchen eher zurückgesetzt.

Die Bildungspolitik der Bundesregierung ist der Weg zurück zur Wiederherstellung von Bildungsprivilegien für die einkommensstarken Bevölkerungsschichten. Die Bundesregierung übernimmt zugleich die Verantwortung für eine weitere Verschärfung der Lage auf dem Lehrstellenmarkt.

Hessen ist nicht bereit, den Kahlschlag der Bundesregierung in der Ausbildungsförderung widerspruchslos hinzunehmen: die Landesregierung hat im Bundesrat eine von den anderen SPD-regierten Ländern unterstützte EntschlieÙung eingebracht, die die Bundesregierung auffordert, die Kürzungen wieder rückgängig zu machen.

Der Bundesrat ist dem hessischen Appell nicht gefolgt. Mit der Stimmenmehrheit der unionsregierten Länder wurde der Antrag zur Wiederherstellung der Ausbildungsförderung zurückgewiesen.

Kredithaien bekämpfen

Den "Kredithaien" geht es an den Kragen. Hessen hat im Bundesrat eine Gesetzesinitiative für einen besseren Schutz der Verbraucher vor Wuchergeschäften durchgesetzt.

Infolge der hohen Arbeitslosigkeit häufen sich die Fälle, daß Kreditnehmer ihre Raten nicht mehr zahlen können. Vielfach sind die Kreditverträge über Kreditvermittler bei Teilzahlungsbanken mit einem hohen Zinssatz abgeschlossen worden. Die Grenzen zum Kreditwucher sind dabei oft erreicht. Die finanziellen Schwierigkeiten werden noch größer, wenn sich Kreditnehmer bei Zahlungsunfähigkeit zu Umschuldungen und Krediterhöhungen überreden lassen, und sie letztlich die Gesamtkosten des Kredits und damit den vollen Umfang aller auf sie zukommenden Verpflichtungen nicht mehr übersehen.

Der vom Bundesrat angenommene hessische Gesetzentwurf hilft den Verbrauchern, wenn die Leistungen des Kreditnehmers in augenfälligem Mißverhältnis zu denen des Kreditgebers stehen: solche Kreditverträge sind nichtig.

+ + +



Die Tagträume von Präsident Kolb

In der Union machen die Erzreaktionäre Schlagzeilen

Von Manfred Reimann MdB

Dem Chaos entgegen - so lautet mein Fazit verschiedener Presseartikel, etwa des Berichtes "Selbständige wollen mehr Bewegungsfreiheit" der "Rheinpfalz" von vor wenigen Tagen. Man erinnert sich beim Lesen unwillkürlich an die furchtbaren Zeiten des Frühkapitalismus vor mehr als 100 Jahren, als die arbeitenden Menschen der Willkür der Unternehmer voll ausgeliefert waren, als Kinderarbeit auf der Tagesordnung stand und die Arbeitsbedingungen diktiert und nicht ausgehandelt wurden. Erst der Zusammenschluß in Gewerkschaften brachte Erleichterung im Elend und das mit ihrer Hilfe erkämpfte Tarifvertragsgesetz - zwei Generationen alt - half die unwürdigen Arbeitsbedingungen zu mildern.

Die Möglichkeit der Unternehmer, die Not des Einzelnen auszunutzen, hatte zuvor die Löhne auf ein Minimum gedrückt - zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel. Wer - wie der Selbständigen-Präsident und CDU-Bundestagsabgeordnete Elmar Kolb - heute die kollektiven Tarifverträge auflösen und damit das Tarifvertragsgesetz abschaffen will, um Arbeitsbedingungen wieder "frei aushandeln" zu können, will zurück zu diesen schlimmen Zeiten.

Bei dem derzeitigen Arbeitslosenstand erwartet Kolb sicher, daß die Arbeitnehmer mehr denn je zueinander in Konkurrenz treten und sich aus persönlicher Not immer billiger anbieten, um so den Unternehmern zu zusätzlichen Einnahmen zu verhelfen. Diese Eier ans Geld zu kommen, bedeutet aber auch - und das muß Kolb wissen - das Chaos für eine moderne Industriegesellschaft.

Nicht nur die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften müßten bei so viel Unverfrorenheit aufschreiben, sondern auch die Unternehmer müßten Scharfmacher wie Kolb aus dem Verkehr ziehen und aus seiner Funktion als Selbständigen-Präsident abberufen. Leute wie er zerstören den sozialen Konsens der Gesellschaft und machen sie anfällig für radikale Ideologen.

Unsere Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, daß die Unternehmer in den Stand gesetzt werden, ihre Lohn- und Lohnnebenkosten genau kalkulieren zu können. Grundlage dafür sind die Tarifverträge und die Manteltarifverträge, in denen Urlaub, Arbeitszeit, Kündigungsschutz und anderes geregelt werden.

Wenn Kolb von "Konkurrenzfähigkeit gegenüber Schwarzarbeit" spricht, vergißt er dabei, daß durch die Tarifverträge die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft hergestellt wird. Gerade Tarifverträge (und damit kalkulierbare feste Kosten, die für jeden Unternehmer annähernd gleich sind), schützen Unternehmer davor, daß man sich gegenseitig zu stark unterbietet. Das würde letztlich zu einem ruinösen Wettbewerb führen.



Wer Arbeitnehmern zumutet, Urlaubsdauer und Arbeitszeit einzeln auszuhandeln, will mit der Macht des Stärkeren (also des wirtschaftlich Überlegeneren) zurück zu zehn bis 14 Tagen bezahltem Urlaub beziehungsweise mindestens zurück zur 48-Stunden-Woche. Was das für den Arbeitsmarkt bedeutet, läßt sich ausrechnen: Ein zusätzliches Millionenheer von Arbeitslosen. Allein in Ludwigshafen würde uns die Rückkehr zur 48-Stunden-Woche mindestens 10.000, wahrscheinlich sogar 15.000 zusätzliche Arbeitslose bescheren. Das wäre wahrscheinlich mehr als eine Verdoppelung der gegenwärtigen Arbeitslosenzahl.

Und wenn Kolb Haimo George in dessen Forderung nach Abbau von Sozialleistungen und arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen sowie von Lohn- und Lohnnebenkosten durch Abstriche am gegenwärtigen Tarifvertragssystem unterstützt, dann will er - wie George - zurück zum Manchester-Kapitalismus.

In diesem Zusammenhang ist es schon Zynismus, den Arbeitnehmern nach eigenem Gutdünken eine Kranken- und Ausfallversicherung (sicher ist damit ein Ersatz für die wegfallende Lohnfortzahlung gemeint) anzubieten. Denn das bedeutet doch wohl, daß erst die Einkommen gesenkt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Und auf der Grundlage dieser verschlechterten Bedingungen soll der Arbeitnehmer sein Krankheitsrisiko zusätzlich auch noch selbst finanzieren. Bismarck muß sich im Grabe umdrehen.

Nun wissen wir Sozialdemokraten, daß die CDU zur Zeit die Regierungsmehrheit hat, und daß solche CDU-Abgeordnete wie Kolb und George die Gunst der Stunde nutzen wollen. Aber hoffentlich gibt es neben den Sozialdemokraten auch in der CDU noch Vertreter, die solchem reaktionären Schwachsinn nicht folgen.

(-/1.8.1983/bgy/va)

+ + +

